Bezugsgebühr:
Bezugspreis für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten Abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld, im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kotillon- Tafellieder-Enveloppen • Zigarren-Etuis Tafeldekorationen • Knallbonbons für = Hochzeits- u. Familienfestlichkeiten
Fabrik und Lager. Oscar Fischer, 21 Am See 21.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Ferd. Dettmann
Dresden, König Johannstr.
Optisch-mechan. Institut ersten Ranges.
Schul- u. Techniker-Reisszeuge.
Reparaturen von auswärts am selben Tage zurück. Katalog gratis u. franko.

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

Adolf Näter, Prager Strasse 26
Fabrik feiner Lederwaren
Weihnachts-Neuheiten.

Fussmaschinen für Platt-, Klumpfüsse, krumme, X-, verkürzte, gelähmte, kraftlose Beine, Knie- u. Hüftstützmaschinen, Kniestreckmaschinen, für Hüftgelenk-Entzündung u. Verrenkung etc. fertigt als Spezialität **Bandagist** und **Orthopäd** **M. H. Wendschuch sen.,** nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 324. Spiegel: Bülows Reden. Dresdner Haushalt 1905. Winterspartzüge, Bezirksausschüsse. Minister v. Arnim. Marokko, Kolonialdenkschrift. Berliner Domchor. | Mutmaßl. Witterung: **Kühl, veränderlich.** | **Sonnabend, 24. November 1906.**

Das Echo der Bülow-Reden im Ausland

ist naturgemäß recht verschieden und vielfältig ausgefallen, aber erfreulicherweise zeigt ein Ueberblick über die auswärtige Presse, daß deren Betrachtungen überwiegend auf einen freundlichen Ton gestimmt sind. Daß bei einem derartigen Massenkonzert der internationalen Zeitungswelt auch die Ausnahmen nicht fehlen, ist selbstverständlich. Besonders hat ein Teil der englischen Presse unter Führung der „Daily Graphic" es sich wieder nicht nehmen lassen, einen Ton anzuschlagen, der mit den Gepflogenheiten politischen Anstandes nicht gut in Einklang zu bringen ist. Das Verfahren, das dabei eingeschlagen wird, ist einigermaßen neu, so daß es sich lohnt, etwas näher darauf einzugehen, können wir doch aus dem neuesten englischen Angriffe recht viel lernen. Nachdem man lange Zeit bei unseren Vettern jenseits des Kanals eine deutschfeindliche Stimmung mit allen Mitteln einer giftgeschwollenen Journalistik großgezogen, dann aber doch — wenn auch widerwillig — erkannt hat, daß an der friedlichen Gesinnung des deutschen Volkes nicht im Ernste zu zweifeln ist, hat man jetzt eine neue Hetz- und Verdächtigungsformel gefunden, um die alten Anwürfe in neuer Gestalt und in veränderter Richtung fortzusetzen. Man sagt nämlich mit scheinheiliger Miene: Ja, das gute deutsche Volk ist brav und friedliebend, aber es wird schlecht regiert und von Leuten angeführt, bei denen man auf alles gefaßt sein muß. . . . Wie man zugeben wird, ein überaus geschickter Schachzug nie verlegener, allzeit verlogener Bosheit! Wenn man sich aber zur besseren Begründung dessen auf die deutsche Presse beruft, die an den innerpolitischen Verhältnissen des Reiches dies und jenes auszusetzen habe — wie z. B. an dem oft allzu stark hervortretenden persönlichen Regiment des Kaisers, an den Kolonial-Affären oder an der Haltung der Regierung in der Lebensmittel- und Fleischteuerungsfrage u. a. m. — so mögen sich die lieben Freunde in London sagen lassen, daß es nie gut ist, sich in anderer Leute innere Verhältnisse zu mischen, besonders wenn man selbst im Glaskasten sitzt. Hat man an der Themse schon vergessen, daß England viel schlimmere wirtschaftliche Nöte durchgemacht und viel ärgere Skandalaffären ertragen hat, ohne gleich in politische Ohnmacht zu fallen?! Mögen wir in Deutschland auch manches zu tadeln haben und uns in Parteiungen leider allzu heftig befehden, eins sollte man sich trotzdem in England merken — und zwar im eigenen Interesse recht genau merken! — nämlich, daß einer wirklichen äußeren Gefahr gegenüber das ganze deutsche Volk wie ein Mann geschlossen hinter seinem Kaiser steht, von dem es trotz aller giftigen Verdächtigungen fest überzeugt ist, daß er das Reichsschwert nur im Falle der Notwehr ziehen wird. Es liegt System in der englischen Art, Deutschlands politische und militärische Stellung in der Welt nach Kräften zu diskreditieren und sei es auch nur durch papierne Torpedos. Dem aufmerksamen Leser der Zeitungen drüben muß es auffallen, daß schon seit über einem Jahrzehnt jahraus, jahrein bei den Kritiken über die deutschen Kaisermanöver kein guter Faden an unserem Heere gelassen wird. Da nun England selbst als Rivale unserer Landmacht nicht in Betracht kommt, so soll augenscheinlich diese Verkleinerung unseres militärischen und politischen Ansehens andere Leute angriffslustiger machen.

Daß die Franzosen, die doch allein in Betracht kommen, auf diesen Gimpelfang eingehen sollten, wird von Jahr zu Jahr unwahrscheinlicher. Auch die Haltung der französischen Presse anläßlich ihrer Besprechung der letzten großen Kanzlerrede ist, wenn auch zurückhaltend, so doch frei von Gehässigkeiten, ganz im Gegensatz zu gewissen englischen Blättern. Trotz der Marokko-Affäre unseligen Andenkens ist Deutschlands Verhältnis zu Frankreich zurzeit so korrekt, wie selten zuvor. Der neue Ministerpräsident Clémenceau hat — wahrscheinlich um die ihm jetzt unangenehmen Schatten seiner früheren, stark chauvinistisch angehauchten Vergangenheit zu scheuchen — noch jüngst einem deutschen Journalisten gegenüber versichert, daß er keinen Krieg will, sondern im Gegenteil die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bessern möchte. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind nicht weniger friedliebend gesonnen, aber Fürst Bülow hat in seiner Rede das Richtige getroffen, wenn er vorsichtig sagte, man müsse es vorläufig auch Frankreich gegenüber bei einer kühlen, aber höflichen Geschäftspolitik „von Fall zu Fall" bewenden lassen. Die Franzosen sind bekanntlich als „die Frauen im politischen Konzert Europas" wie diese wetterwendisch, und ihrer Politik uns gegenüber fehlt auch heute noch trotz aller Korrektheit jene pupillarische Sicherheit, die erst durch eine unbedingte Anerkennung des Frankfurter Friedens und der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland garantiert werden kann. Darum warnte Fürst Bülow wohl vor vorschnellen Hoffnungen, vielleicht auch im Hinblick auf die Tatsache, daß bisher alle französischen Allianzen seit 1870 das Ziel verfolgt haben, Deutschland zu erniedrigen und Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen. Rußland hatte enttäuscht; Herr Delcassé hoffte mit England, das Deutschlands Aufstieg neidisch verfolgt, bessere Geschäfte zu machen; das französische Volk jedoch merkte noch in zwölfter Stunde, wohin die Reise ging, und war zu klug, um englische Kastanien aus dem Feuer zu holen; jetzt weiß man sogar durch das vorgestern ausgegebene Dementi des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, daß es die vielerörterte Militärkonvention zwischen England und Frankreich gar nicht gibt. Diese Tatsache ist erfreulich, denn sie zeigt, daß sich Frankreich trotz seiner „Entente" doch nicht ganz den Engländern mit Leib und Seele verschrieben hat. Nimmt man dazu, daß außer einer psychologisch erklärlichen leichten Reizbarkeit keine sonstigen gefahrbergenden Reibungsflächen zwischen Deutschland und Frankreich existieren und daß mit dem Aussterben der alten Generation auch der Revanchegedanke trotz allen künstlichen Anfachens immer mehr an wirklicher Kraft abnimmt, so kann man ohne alle Schönfärberei eine gewisse Besserung unserer internationalen Lage erkennen, nachdem das barometrische Minimum lange genug über Deutschland gelegen hat. Insofern bekennen auch wir uns zum Optimismus des Kaisers, als wir hoffen, daß endlich doch einmal der Tag kommen muß, wo eine gerechtere Würdigung der deutschen Bestrebungen und Ziele in der auswärtigen Politik auch bei unseren verbissensten Gegnern den Sieg über Uebelwollen und Urteilstrübung davonträgt. Wir wollen den Frieden vom Kaiser bis zum letzten Arbeiter hinunter, aber den Frieden in Ehren: Dinge, wie die elsaß-lothringische Frage und die Frage der Abrüstung sind für uns ein für allemal undiskutierbar. So viel für Frankreich und England!

Was das Preßecho der Bülow-Rede in den anderen Staaten anlangt, so ist es im großen ganzen günstig. Man würdigt allenthalben Deutschlands loyale Haltung, die von einer Einmischung in Rußlands innere Verhältnisse nichts wissen will und dem leidenden Nachbar gute Besserung wünscht, die mit echt Bülowscher Schelmerei sowohl Oesterreich wie Ungarn freundlich zuwinkt, obwohl dadurch der Bindestrich zwischen Oesterreich-Ungarn bedenklich ignoriert wird, und die endlich zu Italien trotz aller Extratouren mit wunderbarer Milde spricht: bleibt doch bei uns im Dreibund, es ist alles vergeben und vergessen . . . Doch Scherz beiseite! Bülow hat sich durch seine verbindliche Art zu reden wieder viel Freunde gemacht. Er ist ein Meister der Komplimente, und wenn er dadurch auch nicht alles im Verkehr Deutschlands mit anderen Völkern erreicht, so darf doch nicht geleugnet werden, daß der jetzige Reichskanzler in geschickter Weise manche Wogen geglättet und manches wieder eingerenkt hat, was er nicht verschuldet hatte. Jedenfalls ist das Echo der Bülowschen Rede im Auslande derart, daß der Reichskanzler zufrieden sein kann. Es gilt jetzt, die günstige Stimmung auszunutzen und unserer auswärtigen Politik durch Aufrichtigkeit, Stetigkeit und Energie in ihrer Führung einen immer größeren Kredit an Vertrauen und Ansehen bei Freund und Feind zu verschaffen.

Neueste Drahtmeldungen vom 23. November.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Gesetzentwurfs betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie wird fortgesetzt bei § 23, der in der Fassung der Kommission bestimmt: „Für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit (in der Vorlage war nur gesagt „für amtliche Zwecke") dürfen auf richterliche Anordnung (diese Worte fehlen in der Vorlage) von den Behörden Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten, sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden." — Ein Antrag Porzig (kons.) will die Worte „auf richterliche Anordnung" wieder streichen. — Ein Antrag Dietz u. Gen. (Soz.) will dagegen zwar § 23 gänzlich in der Fassung der Regierungsvorlage wiederherstellen, zugleich aber in einem besonderen Absatz aussprechen, daß als „amtlicher Zweck" im Sinne des Paragraphen die Einleitung einer Strafverfolgung wegen Streikvergehen, wegen einer Handlung, die einen politischen Charakter trägt, oder wegen einer bloßen „Uebertretung" nicht gelten soll. In all diesen Fällen soll auch die Anfertigung eines Bildnisses ohne Einwilligung des Berechtigten nicht gestattet sein. — Ein Eventual-Antrag Dietz geht ferner dahin, in der Fassung der Kommission einzufügen, daß Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten nur auf richterliche Anordnung angefertigt, vervielfältigt usw. werden dürfen. — Abg. Müller-Meiningen empfiehlt als Referent die Kommissionsvorschläge. — Abg. Fischer-Berlin (Soz.) erklärt, seine Freunde würden eher das Gesetz scheitern lassen als auf ihre Forderung verzichten. Was gehe seine Partei der Schutz der Kunst an, wichtiger sei ihr der Schutz der Arbeiter gegen solche polizeiliche Willkür. — Abg. Porzig (kons.) befürwortet seinen Antrag. Wenn es sich um Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit handle, müsse die Vervielfältigung eines Bildnisses auch schon ohne richterliche Anordnung möglich sein, da sonst ein oft sehr notwendiges schnelles Vorgehen vereitelt werde. Die Ablehnung seines Antrages würde einigen seiner Parteifreunde sogar die Annahme des ganzen Gesetzentwurfs unmöglich machen. Weiter äußert sich Redner gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Kommission habe ja eine Resolution beantragt, die den Reichskanzler ersuche, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Strafverfolgung wegen einer politischen Handlung der Beschuldigte einen angemessenen Schutz gegen zwangsweise Anfertigung seines Bildnisses erhalte. Jedenfalls gehöre diese Materie nicht in dieses Gesetz! — Abg. Itschert (Zentr.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Antrage Porzig und spricht sich ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag aus. — Abg. Stadthagen (Soz.) empfiehlt den sozialdemokratischen Antrag unter Anführung einer Reihe Fälle angeblicher polizeilicher Willkür. — Abg. Hirsch (Zentr.) erwidert, daß Stadthagen § 23 gar nicht verstanden habe. (Heiterkeit.) Der Polizei gebe der Paragraph gar keine neuen Rechte. — Staatssekretär Graf Posadowsky weist einen Angriff Stadthagens gegen den höchsten Gerichtshof des Reiches, daß er sich nach den politischen Wünschen der Regierungen richte, entschieden zurück. — Derselbe Redner habe auch gesagt, die zwangsweise photographische Aufnahme seitens der Polizei sei nicht zulässig. Solche Aufnahmen gehörten aber zu dem Begriffe des Signalements. Solche Zwangsaufnahmen gebe es in allen Kulturländern, in Frankreich, in England usw. Von der Einführung des Begriffs „politisches Vergehen" in dieses Gesetz sei dringend abzuraten. Das Recht kenne offiziell diesen Begriff nicht. Was politisches Vergehen sei, darüber würde unter Umständen jede Partei anders urteilen. Hier handelt es sich, fährt Redner fort, überdies nur um „Vervielfältigungen". Photographiert zu werden muß sich gelegentlich jeder gefallen lassen, so auch ich, wenn ich nach dem Reichstag gehe. (Heiterkeit.) Ich kann Sie schließlich nur dringend bitten, den Antrag Porzig anzunehmen. — Abg. Dove (freis. Ver.) erkennt an, daß der sozialdemokratische Antrag in diese Materie nicht hineingehöre. Abhilfe gegen polizeiliche Mißgriffe in bezug auf zwangsweise photographische Aufnahmen sei aber nötig. — Abg. Bärwinkel (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zum Antrage Porzig. — Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, der Antrag Porzig wird angenommen und mit dieser Aenderung der § 23 in der Kommissionsfassung. Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Angenommen wird ferner der Rest des Gesetzes. Die Kommission hat dann noch eine zweite Resolution beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, bei der demnächst in Deutschland stattfindenden internationalen Urheberechts-Konferenz ein gemeinsames Vorgehen aller dem Berner Verbande angehörigen Staaten zur Beseitigung der Härten der Urheberrechts-Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Amerika anzuregen. Auch diese Resolution wird angenommen, nachdem Abg. Müller-Meiningen mitgeteilt hat, daß im amerikanischen Kongreß demnächst ein Gesetz in Aussicht stehe, das wenigstens die größten Härten des bestehenden Zustandes beseitige. — Es folgt erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die gewerblichen Berufsvereine (Rechtsfähigkeit). — Abg. Trimborn (Zentr.) beantragt die Einsetzung einer 21er Kommission für dieses ernste Werk, das schon so lange auf sich habe warten lassen. Gegen den Entwurf in der vorliegenden Fassung habe auch das Zentrum mancherlei Bedenken, aber zu einer so schroffen Ablehnung, wie sie die Vorlage bei den Sozialdemokraten gefunden, habe es keine Veranlassung. Die Vorlage bringe leider keine gänzliche Regelung des Koalitionsrechts, sondern nur einzelne kleine Verbesserungen. In das einzelstaatliche Vereins- und Versammlungsrecht werde eine erste kleine Breche gelegt. Den Berufsvereinen werde einigermaßen Bewegungsfreiheit verschafft. Bisher sehe es damit in den Einzelstaaten sehr traurig aus. Besonderen Wert legten seine Freunde darauf, daß man endlich einmal überhaupt angefangen habe, sich mit den rechtlichen Verhältnissen der Berufsvereine zu befassen. Es habe bisher eine Richtung bei den Regierungen gegeben, die das Wort „Gewerksverein" überhaupt nicht einmal habe hören können; jetzt sei doch wenigstens ein erster Schritt geschehen. Freilich erkenne man in der Vorlage zwei Seelen, zwei Seelen, die in verschiedenen Brüsten wohnen, (große Heiterkeit), eine in der Wilhelmsstraße, eine am Kastanienwäldchen, und die böse Seele habe das Uebergewicht gehabt. Man sehe das in folgendem: Beschränkung der Rechte der Frauen, Beschränkung der Vereinsmitgliedschaft auf dasselbe oder verwandte Gewerbe; ferner sollen nur sozialpolitische Zwecke verfolgt werden dürfen, also nicht auch charitative und Unterstützungszwecke. In bezug auf Erleichterungen hinsichtlich Einreichung der Mitgliederlisten an die Polizei sei man nicht weit genug gegangen; zu bedenken sei dabei, wie leicht eine Preisgabe der Listen an die Unternehmer sei. (Sehr richtig! links.) Die Schadenersatzfrage gemäß § 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches könne für einen eingetragenen Verein die verhängnisvollsten Folgen haben. Die Bestimmungen, die die Entziehung der Rechtsfähigkeit bei Vereinen, die Streiks fördern, die eine Gefahr für die Allgemeinheit in sich tragen, z. B. Eisenbahner-Streiks, betreffen, seien zu kautschukartig. (Sehr richtig!) Seine Freunde würden jedenfalls in der Kommission auf Verbesserungen hinarbeiten im Interesse der Allgemeinheit, in erster Linie natürlich im Interesse der Arbeiter. — Abg. Legien (Soz.): Die Vorlage sei von demselben bösen Geiste diktiert, wie seinerzeit die Zuchthaus-Vorlage. Die Gemeinschaft, oder richtiger das Einverständnis zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, sei nicht enger, als die Gemeinschaft etwa zwischen der Industrie und den Liberalen oder zwischen den bürgerlichen Gewerkschaften und dem Zentrum. Alle Vorteile der Vorlage verschwänden gegenüber den Nachteilen, die sie der gewerkschaftlichen Bewegung bereiten. Seine Partei sei freilich von vornherein überzeugt gewesen, daß alles das, was die Regierung bringe, sich ja doch nur gegen die Arbeiter richten würde. Mit dieser Vorlage setze sich die Regierung dem Gespött der ganzen zivilisierten Welt aus. Charakterisch sei, daß den Landarbeitern, ebenso wie den Eisenbahnarbeitern und den Seeleuten das Koalitionsrecht einfach abgesprochen werde. Den Eisenbahnarbeitern nehme man sogar ein Koalitionsrecht, das sie jetzt noch haben. Eine solche Entrechtung der Landarbeiter, wie sie die Vorlage enthalte, habe kein Analogon in irgend einem Kulturstaate, nicht einmal in Spanien. Wenn in der Begründung gesagt werde, daß aus den Kreisen der Landarbeiter selber das Verlangen nach einem Koalitionsrechte gar nicht laut geworden sei, so sei das genau so, als wenn ein Räuber dem, dem er seine Habe nehme, den Mund zubinde und dann erkläre: „Du verlangst ja gar nicht, daß ich Dir Dein Geld lasse!" Wie lange solle denn diese ostelbische Wirtschaft noch weiter gehen? Schon weil die Vorlage Menschenrechte für Landarbeiter nicht kenne, müsse sie abgelehnt werden. Wo sei die Grenze zwischen politischen und sozial-

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/S